

Laibacher Zeitung.

Nr. 275.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50

Freitag, 29. November

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl. 10 kr. Sonst dr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. f. w. Insertionsstempel jedw. 30 kr.

1872.

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben auf Grund eines vom Minister des kaiserlichen Hauses und des Aeußern erstatteten allerunterthänigsten Vortrages mit Allerhöchster Entschliessung vom 24. November d. J. dem Hof- und Ministerialrath im gemeinsamen Ministerium des Aeußern Johann Freih. v. Besque-Püttlingen anlässlich dessen über eigenes Ansuchen erfolgter Versetzung in den bleibenden Ruhestand in Anerkennung seiner vieljährigen, ausgezeichneten Dienste den Titel und Charakter eines Sectionschefs allergnädigst taxfrei zu verleihen geruht.

Mit derselben Allerhöchsten Entschliessung haben Se. Majestät die dadurch in jenem Ministerium erledigten Stellen, und zwar: die Hof- und Ministerialrathsstelle dem mit dem Titel und Charakter eines Hof- und Ministerialrathes bekleideten Karl Freih. v. Buschmann, die Sectionsrathsstelle dem mit dem Titel und Charakter eines Sectionsrathes betheiligten Johann Freih. v. Besque-Püttlingen und die Hof- und Ministerialsecretärsstelle dem mit dem Titel und Charakter eines Hof- und Ministerialsecretärs bekleideten Philipp Nettel allergnädigst zu verleihen geruht.

Der Minister des kaiserlichen Hauses und des Aeußern hat dem Conceptsadjuncten im gemeinsamen Ministerium des Aeußern Stephan Edlen v. Pilat eine dortamts in Erledigung gekommene, systemisirte Hof- und Ministerialconscriptenstelle verliehen.

Agiozuschlag

zu den Fahr- und Frachtgebühren auf den österreichischen Eisenbahnen.

Vom 1. Dezember 1872 ab wird der Agiozuschlag zu den hievon betroffenen Gebühren jener Bahnanstalten, welche zur Einhebung eines Agiozuschlages berechtigt sind, und von diesem Rechte Gebrauch machen, mit 5 pCt. berechnet. Die zu gunsten des Publicums bestehenden Ausnahmen von der Einhebung eines Agiozuschlages bleiben unverändert.

Der Einhebung des Agiozuschlages unterliegen ferner nicht:

I. auf der ersten ungar.-galizischen Eisenbahn die Gebühren der statt des Tarifes Nr. 2 seit 1. November 1872 in Wirksamkeit getretenen ermäßigten Holztarife;

II. auf der k. k. priv. galizischen Karl-Ludwig-Bahn die seit 15. November 1872 dem Specialtarife Nr. 3 der Tarife vom 15. Mai 1872 unterliegenden Gebühren für Steinsalz-Transporte;

III. auf der k. k. priv. Kaiserin-Elisabeth-Bahn sämtliche Gebühren, welche auf der Strecke St. Valentin-Budweis zur Einhebung gelangen.

Nichtamtlicher Theil.

Wie bereits gemeldet, hat das Ackerbauministerium seinerzeit das k. und k. Generalconsulat in Köln aufgefodert, über das angeblich auch in der dortigen Gegend erfolgte Auftreten einer bisher unbekannten Pferdeseuche, ähnlich jener, die in New-York herrscht, mit thunlichster Beilehnung zu berichten. Nach den von diesem Generalconsulate dem Ackerbauministerium hieüber gemachten Mittheilungen findet glücklicher Weise die eingangs erwähnte Nachricht keine Bestätigung, nachdem bis nun in dem Regierungsbezirke Köln noch kein Fall der fraglichen Pferdeseuche beobachtet wurde und auch von einem Auftreten der Krankheit in anderen Gegenden Deutschlands nichts bekannt ist.

Die Action des Ministeriums Auerberg

wird von der „Presse“ unterm 26. d. M. an leitender Stelle in eingehender Weise beleuchtet und constatirt, daß wir mit Genugthuung auf die Resultate des abgelaufenen Jahres und mit Muth in die politische Zukunft Oesterreichs blicken können.

Die „Presse“ schreibt: „Morgen wird es ein Jahr, daß die „Wiener Zeitung“ die kaiserlichen Handschriften veröffentlichte, welche durch Ernennung des Ministeriums Adolf Auerberg die Völker endlich definitiv von dem Alpdruck der Fälschungsregierung erlösten. Tag um Tag war ein Monat vergangen, seitdem das Triumvirat Hohenwart-Schäffle-Firekel sein Mandat in die Hände des Monarchen zurückgelegt. Die trostlose Zerrüttung

aller Verhältnisse aber, in der die Verfassungstürme das Reich hinterließen; die Katastrophe Deust, die sich unmittelbar an den Sturz des föderalistischen Regiments schloß, sowie das Fiasco Kellerspergs bei dem Versuche der Cabinetsbildung, das alles hatte die Gemüther doch noch volle vier Wochen in der Befürchtung erhalten, als gehöre eine Rückkehr zu dem Experimente, Oesterreich auf die slavisch-glaubenseinheitliche Basis zu stellen, keineswegs in das Bereich der Unmöglichkeiten. Werfen wir nun heute einen Blick auf das abgelaufene Jahr, so finden wir allerdings, daß „nicht jede Hoffnung Wahrheit geworden.“ Aber die damals mit nur zu gutem Grunde pessimistisch gestimmte Verfassungspartei hat sich selber und das Vertrauen in die Zukunft der Monarchie wiedergefunden. Sie hat mit Energie, mit Elasticität und Ausdauer den Kampf um die Wiedereinrichtung des nahezu aus den Fugen gegangenen Gemeinwesens aufgenommen. Eine Regierung, die nicht aus dem Reichsrathe hervorgegangen, hat sich mit demselben doch dermaßen zu identificieren gewußt, daß sie alle Vortheile eines rein parlamentarischen Gouvernements mit der Vermeidung der Nachteile vereint, die demselben bei uns nur zu leicht anhaften. Der innige Zusammenhang zwischen Executive wie Legislative ist hergestellt, ohne daß dieser durch Versetzung alter parlamentarischer Capacitäten auf die Ministerbank das Rückenmark ausgezogen wäre; ohne daß jene der praktischen Verwaltungskräfte entbehren müßte, die bei uns zur Consolidierung der Verfassung doppelt nothwendig sind, und die sich in einem constitutionellen Gemeinwesen so jugendlichen Datums unmöglich schon mit dem Verfall decken können, als Volksvertreter eine hervorragende Rolle zu spielen.

Allerdings hat es, wie in jedem ernstem Kampfe, so auch in diesem nicht an Rückschlägen, noch an vergeblichen Anläufen gefehlt. Das vergegenwärtigt uns wohl am besten die eben im Zuge befindliche Landtags-Session. Allein wenn wir das offen bekennen, so ist es dafür auch von doppeltem Werthe, daß wir gerade inmitten dieser Sturm- und Drangperiode in aller Seelenruhe darauf hinweisen dürfen, wie wir im großen und ganzen denn doch auf der gesammten Linie in entschiedenem und stetigem Vordrängen sind, während im Lager der Gegner Schrecken und Verwirrung wie noch zu keiner andern Zeit eingerissen. Gewiß sind wir weit davon entfernt, eine Episode wie die im tiroler Landtag auf die leichte Achsel zu nehmen. Aber wenn dort nicht alles ist, wie es sein sollte, wollen wir deshalb ignorieren, ein wie erfreuliches Zeichen der Zeit es ist, daß wir heute das „Rechtsprogramm“, diese jüngste Blüthe des Baumes, an dem die Fundamental-Artikel gewachsen, mit lautem Gelächter begrüßen, während uns vor einem Jahre die gleiche Action des böhmischen Landtages mit Bangen erfüllt . . . daß der Adreßturn, der die Verfassung von Lemberg und Laibach bedroht, heute nun wie ein Orkan im Wasserglase erscheint . . . daß selbst der „Volksfreund“ sich über die Versuche der Disputanten, von Innsbruck aus das Reich organisieren zu wollen, trotz der Frömmigkeit, die sie zur Schau tragen, lustig macht. Wir begreifen sehr gut, daß wir noch manchen harten Strauß zu bestehen haben werden, ehe wir ans Ziel gelangen, aber wir sehen auch, daß Wind und Wetter uns günstig sind, daß eine frische Brise das Fahrzeug sicher in den Hafen bringen muß, wenn nicht die eigenen Fehler der Bemannung oder der Steuer-mann es kentern machen.

Wohl brauchen wir frischen Muth für das, was uns noch bedorft, darum lassen wir ihn uns nicht vergällen durch einzelne Fehlschläge, die uns als Warnungszeichen dienen, nicht aber verstimmen sollen. — Fehlt es doch wahrlich nicht an Erfolgen, die ganz geeignet sind, uns mit frohem Vertrauen in die Zukunft zu erfüllen. „So haben wir ihnen alles in Trümmer geschlagen, daß sie in ihrem ganzen Leben keinen Reichsrath mehr zusammenbringen.“ jubelte die feudale Clique bei dem Amtsantritte des Ministeriums. Und siehe da, nachdem im ersten Anlauf spielend die Landtage von Oberösterreich, Mähren, der Bukowina zurückgewonnen, steht genau vier Wochen nach dem Cabinetswechsel ein Reichsrath da, der mit Zweidrittel-Majorität die Wahlgesetznovelle votirt und so dem anmutigen Secessionsspiele der föderalistischen Gerngroße einen unverrückbaren Riegel vorschiebt. „Ein verfassungstreues Ministerium in Wien ist eine Unmöglichkeit mit einem nationalen Landtag in Prag; einen verfassungstreuen böhmischen Landtag aber bringt kein Ministerium der Welt mehr zusammen,“ prophezeiten Thun und Rieger, um die Unhaltbarkeit des gegen-

wärtigen Regimes zu erhärten. Heute ist eine verfassungstreue Repräsentanz des Königreiches Böhmen in voller segensreichster Thätigkeit, welche letztere von der czechischen Bevölkerung dermaßen anerkannt wird, daß aus Dr. Rieger's eigenem Wahlbezirke Petitionen und Gramamina an den Landtag einlaufen.

Aber täuschen wir uns nicht? Malen wir vielleicht unwillkürlich doch noch so rosenroth, obschon wir die Schattenseiten des Gemäldes nicht übersehen? „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen,“ und in dem unaufhaltsamen Versetzungsprozeß, dem die clerical-feudal-nationale Ligue merkbar verfallen, spiegelt sich der wahre, unleugbare Werth der Erfolge, welche die Verfassungspartei unter der Regide des Ministeriums Auerberg errungen, am getreuesten wieder. Die Isolierung der Thun-Elam'schen Clique zunächst ist nahezu vollendet. Denn einerseits machen ebensowohl die hervorragenden Kämpen der ultramontanen Partei wie die Casinos energisch Front gegen den staatsrechtlichen Schwindel, den Föderalismus unter dem Deckmantel der katholischen Interessen einzuschmuggeln und das Reich in Trümmer zu zerschlagen, in denen die feudale Sippe ihre Eulennester am bequemsten bauen kann. Andererseits hebt sich im nationalen Lager eine Hand gegen die andere, weil die Partei Sladkovsky's nachgerade fühlt, wie die czechische Sache am ärgsten dadurch compromittirt, ja zum Hohn und Gespötte der Welt gemacht wird, daß Patrioten vom Schlage eines Rieger und Strejschovsky die nationale Agitation der finsternen Reaction zur Verfügung stellen. Somit haben wir, die negativen Resultate zu den positiven Ergebnissen fügend, allen Grund, mit Genugthuung, wenn auch nicht mit Selbstgefälligkeit, auf die Vergangenheit und mit frohem Muth, wenn auch beileibe nicht mit blinder Hoffnungslosigkeit, in die Zukunft zu blicken. Haben wir so viel errungen, um nicht an unserer Mission zu verzagen, so haben wir doch noch viel zu viel zu vollbringen, um uns in leichtfertige Sicherheit wiegen zu lassen.“

Bur Action der Landtage.

(26. November.)

Niederösterreich. Der Landtag beschäftigte sich mit nachstehender Tagesordnung: 1. Antrag des Gemeindevorstandes über die Regierungsvorlage und den Bericht des Landesauschusses wegen Errichtung von Vermittlungsämtern. 2. Antrag des Landeskulturausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Schonzeit des Wildes. 3. Antrag desselben Ausschusses über die Einführung des Schlachthauszwanges in den Vororten Wiens. 4. Acht Anträge des Bauauschusses. 5. Antrag des Landeskulturausschusses. 6. Fünf Anträge des Verwaltungsausschusses. 7. Drei Anträge des Finanzauschusses.

Oberösterreich. In der Abend Sitzung wurde der Gesetzentwurf über die Aufhebung des Schulgeldes mit 27 gegen 19 Stimmen angenommen.

Böhmen. Der Gesetzentwurf betreffend die Einführung der Hundesteuer wurde angenommen; ebenso nach längerer Debatte der Gesetzentwurf betreffend die Errichtung von Vermittlungsämtern fast conform der Regierungsvorlage. Desgleichen wurde der Bericht der Budgetcommission über die Rechnungsablässe für 1869, 1870 und 1871 billigen zur Kenntnis genommen. Finanzminister Depretis wohnte der Sitzung bei.

Mähren. Der Abgeordnete van der Straß legt sein Reichsrathsmandat nieder. Die auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände administrativer Natur werden erledigt.

Schlesien. Das Gesetz über die Vermittlungsämter wurde angenommen. Es wurde ferner beschlossen, daß das Ackerbauministerium um Erlaß eines wirksamen Feldschußgesetzes, das Ministerium des Innern um ein Strafgesetz über Polizeibestrafungen, die Straßenpolizei mit enthaltend, zu ersuchen sei. Im übrigen wurden nur einige Angelegenheiten lokalen Interesses erledigt.

Kärnten. Dr. Zuggin und 17 Genossen beantragen ein Landesgesetz, welches bestimmt, wann der Ortschulrath selbst gegen den Willen der Ortsgemeinde zu Schulhausbauten nöthig gewordene Creditoperationen vornehmen kann. Dr. Erwein berichtet über die Unterstützung der Schulgemeinden behufs Schulhausbauten und beantragt, mit Vermeidung eines Landeschulanslehens werden Schulgemeinden unterstützt entweder aus den Gebahrungsüberschüssen des Landesfonds oder der Sparkasse gegen statutenmäßige Verzinsung und möglichst

lange Rückzahlungstermine. Der Landesausschuß wird ermächtigt, in der Sessionszwischenzeit den Schulgemeinden für Schulhausbauten gegen 6 pEt. und kürzere Rückzahlungstermine so viel, als für den Baubeginn unumgänglich notwendig ist, darzuleihen. Dr. Luggin stellt den Zusatzantrag, die Regierung zu bitten, eine Gesetzentwurf einzubringen, welche die Schulgemeinden von den Uebertragungsgebühren bei Realitätenwerbung zu Schullocalitäten und von den Stempel- und Einverleibungsgebühren bei Creditoperationen befreit. Sämtliche Anträge werden angenommen.

Dalmatien. Der Landtagssitzung wohnte auch die Minorität bei; es wurde der Gesetzentwurf über die Anlage und Erhaltung nichtärztlicher Straßen angenommen und der Rechnungsabluß des Landesfonds für 1871 genehmigt.

Die Skandalzene im ungarischen Abgeordnetenhaus

vom 18. d. hat, wie der „P. Lloyd“ meldet, in der am 25. d. in Pest stattgefundenen Sitzung des Abgeordnetenhauses einen eben so unerwarteten als allseitig befriedigenden Abluß gefunden. Das genannte Blatt widmet diesem erfreulichen Ereignisse an leitender Stelle einen längeren Artikel, dessen bedeutungsvolle Stellen wir hier nachfolgend reproducieren wollen:

„Wem das Verdienst gebührt, eine solche Lösung herbeigeführt zu haben? Gerne sprechen wir es aus: Allen an der Sache beteiligten Factoren! Zuerst war es Koloman Tisa, der in einer kurzen, nach Form und Inhalt überaus gemäßigten, wahrhaft staatsmännischen Rede den Ton der Versöhnung anschlug; es erforderte die Gerechtigkeit, die gegen Esernatony allein gerichtete Motivierung des Korizmic'schen Antrages wegzulassen. Die Rede Tisa's machte den tiefsten Eindruck bei allen Parteien, der aber kaum das nunmehr vorliegende Resultat herbeizuführen im Stande gewesen wäre, wenn nicht der nächste zum Sprechen vorgemerkte Abgeordnete der Rechten, Professor Paul Hoffmann, in so zarter, taktvoller Weise den von Tisa angeknüpften Faden weitergesponnen hätte. Hoffmann erklärte, die Rede Tisa's hätte ihn so tief ergriffen, daß er bereit sei, auf das Wort zu verzichten, wenn die übrigen vorgemerkten Redner das Gleiche thun, so daß das Haus mit Vermeidung einer neuerdings aufregenden Debatte sofort zur Abstimmung schreiten könne. Nun erklärt Spörffy von der Linken, auch er verzichte aufs Wort, wenn die Rechte die Motivierung im Korizmic'schen Antrage fallen lasse. Und als ob heute alles eine ebenso glückliche Hand haben sollte, als sonst leider nur zu oft das Gegenteil der Fall zu sein pflegt, hatte auch der Präsident den trefflichen Gedanken, die Sitzung für eine Viertelstunde zu suspendieren, damit die Abgeordneten sich untereinander besprechen können.“

Die Deakpartei war sofort mit sich darüber im Reinen, daß es überaus wünschenswerth wäre, die von der Linken dargebotene Versöhnung zu acceptieren, allein die Motivierung bildete eben jene Genugthuung, welche die Partei dem Ministerpräsidenten und dem Cabinet geben mußte und auch wollte, die also nur über directes Verlangen des Ministeriums fallen gelassen werden konnte. Dies wurde auch den im Ministerzimmer versammelten Mitgliedern der Regierung bekannt gegeben. Graf Tisza erklärte sofort, er für seine Person verzichte um des Friedens willen und im öffentlichen In-

teresse gerne auf jede persönliche Satisfaction, allein in der Motivierung sei auch der „verlegten Würde des Hauses“ gedacht und in dieser Beziehung scheine ihm denn doch eine Reparation notwendig. Somsich übernahm nun das Amt des Parlamentärs zwischen dem Ministerzimmer und dem Conversationssaale, wo sich Esernatony und Tisa befanden. Die Verhandlungen dauerten über eine halbe Stunde, während welcher Zeit die Abgeordneten in fieberhafter Erregtheit im Saale und in den Corridors gruppenweise beisammenstanden und über das Vorgefallene und was weiter zu thun sei, ihre Meinungen austauschten.

Um halb zwölf Uhr wurde die Sitzung wieder eröffnet; unter unbefreiblicher Spannung harrete das Haus dessen, was nun geschehen sollte. Nach einigen Minuten erhob sich Esernatony von seinem Sitze; in seinem bleichen Gesichte zuckte jede Faser und obwohl Todtenstille im Hause herrschte, waren seine Worte anfänglich kaum vernehmbar. Die Aufregung erstreckte sich auf die Stimme. Langsam rang sich dann Wort um Wort, Silbe um Silbe aus der gepreßten Brust hervor und das Haus erhielt jene offene, unumwundene Erklärung, die wir an einer anderen Stelle mittheilen. Esernatony betont es in seiner Rede zweimal, daß das Haus vollen Grund gehabt habe, mit ihm unzufrieden zu sein; er bedauere das Geschehene und bitte, es zu vergessen. Unter lautem Beifallstürme des ganzen Hauses und von den Abgeordneten der Linken lebhaft beglückwünscht, ließ sich Esernatony auf seinen Sitz nieder. Nun ergriff der Ministerpräsident das Wort zu einer kurzen, von hoher Selbstverleugnung zeugenden Enunciation, worin er auch sein Bedauern über die Vorfälle vom 18. ausspricht und im Interesse der Eintracht und Ruhe des Hauses die Motivierung des Korizmic'schen Antrages fallen zu lassen bittet, was denn auch angenommen wurde. — Wir können nur dem Wunsche und der Hoffnung Ausdruck geben, es möge der Eindruck der heutigen ereignisreichen Szene bei allen Parteien ein nachhaltiger sein und man möge sich von allen Seiten bemühen, den Eifer für die eigene Ueberzeugung, die Energie im Angriffe, wie in der Bertheidigung mit den Regeln des parlamentarischen Anstandes, mit den Geboten der gegenseitigen Achtung in Einklang zu bringen.“

Politische Uebersicht.

Wien, 28. November.

Das preussische Abgeordnetenhaus erledigte in dritter Lesung die Kreisordnungs-Vorlage. In der Generaldebatte bestritt der Minister des Innern gegenüber den Conservativen, daß die Regierung einen unerlaubten Druck auf das Herrenhaus ausgeübt habe; die Regierung habe nur den großen Werth betont, welchen sie auf die Vorlage lege. Ueber die Mittel zur Sicherung des Gesetzes im Herrenhause lasse sich hier nicht discutieren. Der Minister fragt, ob das Herrenhaus oder die Rechte des Abgeordnetenhauses, als die Armeorganisation in Frage war, gegen die Auflösung des Abgeordnetenhauses polemisierte; die Regierung halte die Kreisordnung genau für so notwendig, als seinerzeit die Armeorganisation, und bedauere, daß ein Theil der Rechten solches nicht anerkennen wolle. Wenn an Dienste erinnert werde, welche die Conservativen in der Zeit des Conflicts dem Ministerium geleistet haben, so müsse er an das erinnern, was die Regierung damals

für die Conservativen gethan hat. Die Generaldebatte wird geschlossen, nachdem Virchow die Stellung der Fortschrittspartei motivierte, welche trotz Ablehnung ihrer Amendements für die Voriage stimmen werde. In der Specialdebatte führten die Amendements der Conservativen zu § 89 und § 182 (Ausschluß der Provinz Posen) zu einer weiteren kurzen Debatte. Sodann wurden alle Paragraphen nebst dem Wahlreglement und in namentlicher Schlußabstimmung das ganze Gesetz mit 288 gegen 91 Stimmen in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen; dagegen stimmten die Polen, der größte Theil des Centrums und ein kleiner Theil der Conservativen.

Die „Kreuzzeitung“ fordert die Majorität des Herrenhauses auf, ihrem früheren Beschlusse über die Kreisordnungsvorlage treu zu bleiben. Die conservative Partei müsse im Kampfe gegen den Socialismus stark bleiben und dem Liberalismus entgegenstehen. Zum zweitenmale müsse das Herrenhaus die Parole wählen: Brechen, nicht biegen! — Die Nachricht, daß Minister Graf Enlenburg den Gesandtschaftsposten in Paris an Stelle des Grafen Arnim übernehmen werde, wird von der „Spener'schen Zeitung“ als reine Conjectur bezeichnet.

Wenn sich die Angabe des „Sieckel“ bestätigt, so hat Thiers seine in der Botschaft gemachten Vorschläge zur Organisation der Regierung fallen gelassen und eine von Casimir Perier zu beantragende Tagesordnung angenommen, welche ihm das Vertrauen der Nationalversammlung ausdrückt, im übrigen aber das Provisionarium seinem ganzen Umfange nach wieder herstellt. Damit wäre der Ausweg aus der Krise gefunden auf dem neutralen Boden des bisherigen undefinierten Zustandes. — Das „Journal des Debats“ sagt, die Majorität von 24 Stimmen bei dem Votum, welches die Vertrauensfrage stellte, ist nicht eine Majorität, mit der man regieren könne. Thiers bleibt nichts übrig als zu sagen: Geben Sie mir die nöthige Macht, um zu regieren, oder regieren Sie selbst.

Die italienische Regierung rechtfertigt ihren verschärften Erlaß betreffs der Quarantäne gegen Oesterreich mit Reclamationen des französischen und spanischen Gesandten, welche die italienische Regierung verständigten, daß für den Fall der Contumaz-Ausspattung an der italienischen Grenze die Schiffe italienischer Flagge in französischen und spanischen Häfen der Quarantäne unterzogen würden.

Die officielle belgrader Zeitung veröffentlicht den zwischen Oesterreich, Ungarn und Serbien abgeschlossenen neuen Postvertrag. — Die Regierung kam den Geldinstituten mit ansehnlichen Summen zu Hilfe; die Krise ist zu Ende.

Im Congresse zu Madrid gab Zorilla Aufklärungen über den Stand der Insurrection. Er hält dieselbe für bedeutungslos. Nach Andalusien sind bereits Truppen abgegangen und werden morgen abermals Truppen dahin abgesendet. Ordnungstörungen, welche jedoch sogleich unterdrückt wurden, werden gemeldet von Selez und Malaga. Im Militärbisdrict Murcia wurde der Belagerungszustand proclamiert. In Santander fanden in der letzten Nacht Ausschreitungen statt unter den Rufen: Es lebe die Republik. Die Civilgarde zerstreute die Meuterer und nahm vier derselben gefangen. In Almeria wurde die Concentrierung der Civilgarde veranlaßt. Endlich kamen auch Ruhestörungen in Gijon vor.

Feuilleton.

Ritter Blaubart.

Novelle von Albert Reinhold.

(Fortsetzung.)

Mittlerweile schritt der Abbruch der Mauer und des Parkes zum großen Aerger der Frau von Rodenhofen rasch vorwärts. Schon war wenigstens die Mauer bis auf den Grund abgebrochen, ja nicht allein das, die Steine, welche die Grundlage bildeten, wurden selbst aus der Erde herausgeholt und statt ihrer kleine Bäume eingepflanzt, aber keineswegs eine so undurchsichtige Feste, wie es die Geheimrätin für notwendig erachtet hatte. Nur der chinesische Pavillon stand noch immer, wenn auch nicht ganz, doch so, daß die Geheimrätin noch immer nichts thun konnte, um den Nachbarn von dort die Aussicht in ihren Garten zu hindern.

Das Gerücht in dem Städtchen hatte sich bald mit besonderem Fleiße die Aufgabe angeeignet sein lassen, die Verhältnisse des Nachbarn zu ergründen und so schwierig daselbe auch bei dessen vollständiger Abgeschlossenheit von der Welt scheinen mochte, man war doch damit fertig geworden.

Der Herr war niemand anders, als der vor langen Jahren nach Afrika ausgewanderte jüngste Sohn des Freiherrn von Werden, die Dame — wer hätte bei so verdächtigen Umständen daran zweifeln mögen? — seine Geliebte. Warum verband er sie sonst so sorgsam den Augen der Welt? Niemand hatte sie seit dem Tage, wo sie dichtverschleiert das alte Haus betrat, wieder ge-

sehen und man hatte sich so sehr auf ihre gewiß außerordentlich interessante Bekanntschaft gefreut.

Eine gab's freilich im Städtchen, welche noch wohl weitere Auskunft über die geheimnisvolle Dame hätte geben können, und das war Lenore von Rodenhofen.

Aber diese schwieg beharrlich still, ein heimliches Frösteln überlief sie immer, wenn sie nur an den Mann dachte, und sie erinnerte sich dabei jedesmal des Märchens, welches ihr in ihren Kindertagen so viel Furcht und heimliches Zittern eingeflößt hatte, des Märchens vom Ritter Blaubart.

„Blaubart!“ Ja, das war unbedingt der rechte Name für den Mann, obgleich Ritter Blaubart in dem Märchenbuche der Großmutter ihr immer etwas furchtbarer in ihrer Phantasie vorgeschwebt hatte, als der junge Freiherr von Werden in Wirklichkeit war. Dieser sah, obwohl sonnenverbrannt, dennoch sehr gutmüthig und ruhig aus, trotz des großen dichten Vollbartes, und seine sanften, blauen Augen flößten unbedingtes Vertrauen ein. Ohne Lenorens Vorurtheil wäre sie wohl schwerlich jemals dazu gekommen, ihn der Verbrechen eines „Blaubartes“ fähig zu halten, aber wenn sie seiner gedachte, dann erinnerte sie sich auch unwillkürlich der schönen, blauen Dame und sie sah immer, wie er dieselbe durch die Gänge des Gartens nach dem Hause hingerührte. Bald nannte sie ihn heimlich nicht anders, als „Blaubart“ und war fest entschlossen, wenn sich jemals dazu die entfernteste Gelegenheit böte, die Dame aus den Händen des grausamen Mannes zu befreien.

Der Wind jagte über die Stoppelfelder und zwang Lenoren oftmals das Zimmer zu hüten. Er fuhr brausend durch die Bäume des Parkes und schüttelte das Laub wild von den Bäumen. Längst war der Blu-

menflor im Garten der Geheimrätin verschwunden; hier und da blühte allenthalben noch eine Rose, eine einzelne Akelei, wohl auch einmal eine kümmerliche Georgine, aber das war auch alles, weiter gab's nichts mehr.

Lenore saß mit ihrer Tante am Fenster und blickte in den draußen tobenden Sturm hinaus. Neben ihr auf dem Tische lag ausgebreitet ein weißes, duftiges Kleid, mit zahllosen farbigen Bändern geschmückt, welches Lenore daran befestigte.

Die Geheimrätin hatte ein geöffnetes Juwelensäckchen vor sich und wühlte geschäftig zwischen den Perlensträngen und dem goldenen Flitter, aber sie schien mit ihrer Mustering durchaus nicht befriedigt und schob endlich ungeduldig das Säckchen fort.

„Nein, Lenore, es geht nicht. Eine fatalere Geschichte konnte auch nicht passieren, als daß uns der Gärtner im Stiche läßt. In der Stadt ist nicht eine einzige Blume zu haben, und Gold und Perlen sind bei der Hochzeitfeier deiner einzigen Freundin für dich durchaus nicht nach meinem Geschmack. Ich weiß in der That nicht, was beginnen.“

„Ich werde ein buntes Band nehmen, Tantechen“, sagte Lenore heiter. „Gräme dich der Blumen wegen nicht, die Sache läßt sich einmal nicht ändern und darein muß man sich ergeben.“

„Aber keine deiner Bekannten wird ohne Blumen im Haar erscheinen.“

„Du magst wohl recht haben, Tante, aber alles Hin- und Herreden nützt nichts, wir bekommen einmal keine. Doch halt!“ fügte Lenore, wie sich plötzlich besinnend, hinzu, „ich weiß doch noch Rath. Tantechen, laß mich einmal im Garten nachsehen, ich habe bei

Präsident Grant wird in seiner Botschaft dem Congresse den Rath erteilen, baldigst ein Gesetz anzunehmen, durch welches Ausschreitungen seitens der Mexikaner verhindert werden. Mit Bezug auf das Verlangen wegen Einführung von Reformen im Civilstaatsdienste wird der Präsident erklären, daß die Aemter nach Maßgabe des Verdienstes und der Rechtfertigung und nicht wegen der politischen Meinung der Bewerber verliehen werden. — Die Botschaft des Präsidenten wird sehr umfangreich sein; sie wird in ausgedehnter Weise die auswärtige Politik und die Beziehungen zu den fremden Mächten berühren. — Der Präsident wird in der Botschaft auch die Annahme von Maßregeln empfehlen, um den amerikanischen Handel auf dieselbe Stufe zu heben, auf welcher er vor dem Kriege war.

Tagesneuigkeiten

Ueber die soziale Frage,

deren Behandlung derzeit am Conferenziell zu Berlin stattfindet, theilt die „Voss. Ztg.“ nachstehendes mit: „Es werden auf der Konferenz nur solche Fragen erörtert, zu deren Erfüllung der Staat seiner Natur nach berufen sein kann. Es werden daher zur Erörterung gestellt:

1. Belehrende Maßregeln zur Versöhnung der Gegensätze, und zwar in Bezug auf die Arbeitgeber über ihr eigenes Interesse an Befriedigung begründeter Anforderungen der Arbeiter und an der Fürsorge für ihr Wohlergehen, in Bezug auf die Arbeiter aber Belehrung über das Fehlen der sozialistischen Doctrinen, über die Nothwendigkeit der wesentlichsten Institutionen der bürgerlichen Ordnung und über die Nothwendigkeit des Zusammengehens mit dem Kapital.

2. Maßregeln zum Schutze der Arbeiter gegen die nachtheiligsten Folgen der Concurrenz im Maximum der Arbeitszeit, Ausschließung der Sonntagsarbeit, Schutz der Kinder und jugendlicher Arbeiter gegen Ausbeutung in Fabriken — Schutz der Frauen in Fabriken — Controle unbilliger Fabrikordnungen, Sicherung vor Verletzung und Entschädigung im Falle der Verletzung (Unfallsversicherungen), Sicherung der Freiheit, die Arbeit nach kurzer Kündigung zu verlassen, Sicherung richtiger Lohnzahlung etc., Bestellung besonderer Organe zur Aufsicht über die Ausführung der in obigen Richtungen zu erlassenden Vorschriften.

3. Maßregeln zur positiven Hebung der arbeitenden Klassen durch Unterricht: Volksschule, Fortbildungsschule, Haushaltungskunde für Arbeiterfrauen und Mädchen, Volksbibliotheken, Lesestuben, sodann durch Sorge für Befriedigung der Lebensbedürfnisse, Wohnungsfrage, Consumvereine, Speiseanstalten, Volksgärten und sonstige Erholungsanstalten, ferner die Mittel zur Kapitalansammlung von Ersparnissen, Lebensversicherungen, Vaugenossenschaften und als Vorsorge für Unglücksfälle Krankenkassen, Invalidenkassen.

4. Maßregeln zur friedlichen Erledigung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Einigungsämter, Schiedsgerichte.

5. Endlich etwa zu ergreifende Repressivmaßregeln gegen die Arbeiter wegen Mißbrauchs der Freiheit, und zwar gegen Anwendung von Gewalt bei Ausübung des Coalitionsrechtes, gegen unbefugtes Verlassen der Arbeit und endlich gegen unbefugte sozialistische Agitationen.

meiner neuen Wanderung noch ein paar Rosenknospen entdeckt. Vielleicht sind sie jetzt erblüht —

„Oder vom Sturm entblättert“, spottete die Geheimrätin.

„Nicht doch, Tanten, die Blumen standen äußerst geschützt — ich glaube nicht, daß sie vom Sturm gelitten haben. Ist es doch der Fall, so finden sich sonst vielleicht noch wohl einige Spätlin.“ Bitte laß mich einmal in den Garten hinabgehen.“

„Nein, Lenore, es ist ein scharfer Nordost“, meinte die Geheimrätin besorgt, „da taugen solche Ausflüge für dich nicht, du bist zu zart organisiert.“

„Ach, Tante, ich bin durchaus nicht so verweichlicht, wie du immer annimmst. Bitte, laß mich einmal hinaus, ich will mich auch recht warm einhüllen, wenn dich das beruhigt. Seit drei Tagen habe ich nicht einen Mund voll frische Luft bekommen, laß mich nur hinausgehen, das bißchen Wind wird mir wohl nicht so viel schaden.“

Die Tante besann sich.

„Nun, so geh, du Quälgeist, meinetwegen mag's drum sein“, sagte sie endlich. „Aber nimm mein großes blaues Tuch und hülle dich recht warm ein.“

„Ach, Tanten, wie bist du so gut!“ jubelte Lenore, und wie ein Wirbelwind war sie aus der Stube hinaus, aus Furcht, die Tante möchte die gegebene Einwilligung bereuen und sie wieder zurückhalten.

Rasch eilte sie auf ihr kleines Zimmer, hüllte sich in einen weichen, warmen Shawl, drückte auch noch ein kleines Tuch auf das weiche, lockige Haar und wenige Minuten später stand sie unter der Eingangstür und sog begierig die frische Luft ein.

Es war doch ziemlich kalt, als Lenore rasch dahin eilte. Das Laub raschelte trocken und dürr unter ihren Füßen, die Bäume standen zum Theil entblättert, nur

— (Der Allerhöchste Hof) würde, wie die „E. Z.“ mittheilt, sehr gerne ununterbrochenen Winteraufenthalt in Ofen nehmen und zögert fortwährend mit der Abreise in der Hoffnung, daß die Epidemie in den Schwesterstädten bald erloschen sein werde. Einige Verstärkung erregte es in Hofkreisen, daß auch ein Kutscher des Hofstaates im Stallgebäude der königl. Burg in Ofen der Epidemie zum Opfer fiel. Trotzdem scheint die kaiserliche Familie den Verlauf der Epidemie abwarten zu wollen, um dann nach Ofen übersiedeln zu können. Die Allerhöchsten Herrschaften haben ihre bisher gewohnte Lebensweise in keiner Weise geändert. Sollte der Hof von Gödöllő nach Ofen übersiedeln, so wird Kronprinz Rudolf ebenfalls von Wien zu längerem Aufenthalte in Ofen eintreffen.

— (Personalnachrichten.) Se. Exc. der Minister de Pretis ist am 26. d. in Prag angekommen. — Se. Exc. der Handelsminister Dr. Banhans muß wegen eines Unwohlseins das Zimmer hüten.

— (Versuche mit optisch-elektrischen Licht.) Am 22. d. abends wurden am Schmelzer Exercierplatz von der technischen Militärtruppe Proben mit optisch-elektrischen Lichtapparaten, wie sie im Kriege in Verwendung kommen sollen, vorgenommen; trotz des ziemlich starken Nebels gelangen die Versuche fast vollkommen und war die Beleuchtung des Rahlenberges und Stephansthurmes von guter Wirkung.

— (Zur Bürgermeister-Conferenz in Klagenfurt.) Dreihundvierzig Gemeinde-Vorstellungen Steiermarks und Krains erklärten ihre Zustimmung zu den Beschlüssen der kärntner Landesbürgermeister-Conferenz. Es wird beabsichtigt, im Frühjahr Bürgermeister-Conferenzen gemeinsam auf Kärnten, Steiermark und Krain auszudehnen.

— (Export von Schlacht- und Stechvieh.) Vom Jänner bis incl. August d. J. sind aus der österreichisch-ungarischen Monarchie in das Ausland und die Zollauschlüsse nachstehende Quantitäten von Schlacht- und Stechvieh exportiert worden: 39.932 Stück Ochsen und Stiere, 22.209 Kühe, 4980 St. Jungvieh, 25.259 Kälber, 105.101 Schafe, Ziegen etc., 25.453 Lämmer und Lämmer, 99.393 Schweine und 20.667 Spanferkel.

— (Die Maul- und Klauenseuche im Bezirke Marburg) ist nun erloschen und hat darum auch die Bezirkshauptmannschaft die Abhaltung der Viehmärkte im ganzen Sprengel wieder gestattet. Der städt. Viehmarkt, welcher auf den 30. d. M. fällt, darf nach einer Bewilligung der Bezirkshauptmannschaft Lebnitz gleichfalls abgehalten werden.

Locales

Krainischer Landtag.

VII. Sitzung.

Laibach, 28. November.

Landeshauptmann Dr. v. Kaltenegger eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 30 Minuten vormittags. Das hohe Haus ist beschlußfähig.

Als Vertreter der kaiserlichen Regierung anwesend: k. k. Landespräsident Alexander Graf Auerperg.

Das Protokoll über die letzte Landtagsitzung wird vorgelesen und verificiert.

Unter dem Einlaufe befindet sich eine Eingabe der Gemeinde Tschernembl, enthaltend drei Gesuche um:

1. Auflösung des Gemeindevorstandes und Vornahme von Neuwahlen in Tschernembl; 2. Aufstellung eines Bezirksarztes in Tschernembl; 3. Errichtung einer den Bezirk Tschernembl durchziehenden Locomotiv-Eisenbahn. Diese Petition wird dem Gemeinde- und Straßenausschusse zur Verathung und Berichterstattung zugewiesen.

Abg. Dr. Bleiweis und Genossen interpellieren in Betreff der Trockenlegung des Zois'schen Grundes. Der Herr Regierungsvertreter wird diese Interpellation in einer der nächsten Sitzungen beantworten.

Landeshauptmann-Stellvertreter Peter Kosler und 25 Genossen überreichen einen Antrag betreffend das Gesetz über Grundsteuerregulierung.

Der Rechenschaftsberichts- und Finanzausschuß halten Samstag den 30. d. M., der Wahlverificierungsausschuß am Sonntag, den 1. d. M., vormittags Sitzungen.

Der Regierungsvertreter k. k. Landespräsident Graf Auerperg beantwortet die in der vierten Sitzung in Betreff der Verwendung des Stempels bei Ausfertigung eines Grundbuchsauszuges über mehrere einem und demselben Eigenthümer angehörige Einlagen gestellte Interpellation dahin, daß bei Ausfertigung jeder Urkunde der im Gesetze tarifirte Stempel zu verwenden ist und nur bei jenen Urkunden eine Ausnahme Platz greife, wenn die Geschäfte in unmittelbarem Zusammenhange stehen und als ein einziger Akt anzusehen sind. Die Constatierung dieser Kriterien ist den Gerichtsbehörden vorbehalten; die Finanzbehörde könne sich in diese Frage nicht einlassen, weshalb in dieser Beziehung an die Finanzbehörden gerichtete Reclamation oder Recurse unzulässig sind.

Der Herr Regierungsvertreter beantwortet auch die in der fünften Sitzung eingebrachte Interpellation betreffend die Uebertragung des Gerichts- und Steueramtes von Planina nach Voitsch dahin, daß bereits auf Grund der im Jahre 1866 gepflogenen Verhandlungen Voitsch als Amtssitz für die Gebiete Planina, Idria und Laas bestimmt wurde und der Transferierung des Amtssitzes von Planina nach Voitsch nunmehr kein Hindernis im Wege stehe.

Hiernach wird zur Tagesordnung geschritten:

Erster Punkt: Bericht des Schulausschusses betreffend das Gesetz wegen Regelung der Errichtung, der Erhaltung und des Besuches der öffentlichen Volksschulen.

In der Generaldebatte ergreift Abg. Pfarrer Tavčar das Wort. Redner bemerkt, daß in dem Volksschulgesetze nur der Schulzwang, nur die Dauer der Schulpflicht besonders betont, auf die Rechte der Eltern hingegen gar keine Rücksicht genommen worden sei. Man soll unstreitig für die geistige Ausbildung der Jugend Sorge tragen, aber auch die Vermögens- und Erwerbsverhältnisse der Eltern und die religiöse Erziehung der Kinder im Auge halten. Redner wird gegen das Gesetz stimmen; sollte dasselbe Aussicht auf Annahme haben, so wird er Amendements stellen.

Abgeordneter Deschmann constatiert, daß im Schulausschusse auch die Kirche vertreten war und gegen das Gesetz keine Bedenken erhoben habe. Abg. Tavčar werfe dem Gesetze vor, daß es dem katholischen Geiste, dem religiösen Gefühle Abbruch thue; Abg. Tavčar sei aber die Begründung der Vorwürfe schuldig geblieben. Im Volksschulgesetze ist die religiöse Erziehung vorzugsweise betont; der größte Fortschritt liege in den neuen Schulgesetzen darin, daß die staatliche Autorität zur Geltung gelangt. Im Schoße des Schulausschusses ist volle Befriedigung mit dem Gesetze ausgesprochen worden und die gegnerische Stimme des Abg. Tavčar stehe vereinzelt da.

In der Specialdebatte ergreifen die Abgeordneten Dr. Costa zu § 17, Pintar zu § 24, Dr. Razlag zu Paragraphen 17 und 38, Baron Absaltren zu § 17, Tavčar zu § 17 und Deschmann zu § 44 das Wort.

Der k. k. Landespräsident als Vertreter der Regierung empfiehlt dem Landtage die Annahme der Regierungsvorlage auf das wärmste. Der Schulausschuß habe, als er die Schulpflicht nur bis zum vollstreckten zwölften Lebensjahre annahm, wohl Motive ins Feld geführt, daß die Schuljugend sich immerhin auch bis zu diesem Alter die notwendigen Kenntnisse aneignen könne; daß die ärmere Bevölkerung durch eine mehrjährige Schulpflicht große Opfer zu bringen bemüht sei; daß die Kinder der ersten und zweiten Volksschulklasse nach erreichtem zwölften Lebensjahre nichts weiter mehr zu lernen hätten und der § 21 des Reichsschulgesetzes vom 19. März 1869 Vorsorge getroffen habe, welche Kinder über das zwölfte Lebensjahr hinaus noch länger in der Schule anzuhalten wären; dagegen müsse der Regierungsvertreter bemerken, daß die Schulkinder bei regem Schulbesuche, bei vorhandenem Talente, bei besonderer Bildungsfähigkeit und bei guter Anleitung auch bis zum vollstreckten zwölften Lebensjahre sich die notwendigen Kenntnisse aneignen können; aber der Redner könne andererseits den Bedenken sich nicht verschließen, ob denn die geistigen Anlagen mit dem vollendeten zwölften Lebensjahre wirklich so gereift seien, um die erhaltenen Eindrücke behalten und im praktischen Leben geltend machen zu können. Bei einer Schulpflicht bis zum vollstreckten vierzehnten Lebensjahre werde das Resultat der Kindererziehung lebhafter hervortreten.

(Fortsetzung folgt.)

Der Besorgnis, daß die Kinder bei verlängerter Schulpflicht nichts mehr zu lernen hätten, hält der Regierungsvertreter das reichhaltige Schulprogramm entgegen; der Besorgnis, daß die Kinder durch erweiterte Schulpflicht bis zum vollendeten vierzehnten Lebensjahre der Arbeit entzogen werden, müsse Redner entgegen, daß fleißige wohl unterrichtete Kinder immerhin vom Schulbesuche während des dreizehnten und vierzehnten Lebensjahres dispensiert werden können. Der Regierungsvertreter empfiehlt schließlich nochmals die Annahme der Regierungsvorlage; durch die Annahme werden die geistigen und materiellen Interessen des Landes Krain wesentlich gefördert.

Abg. Dr. Costa constatiert, daß er sich auf dem Standpunkt der Majorität des Schulausschusses befindet, welcher die Schulpflicht bis zum vollendeten zwölften Lebensjahre bestimmt hat; jedoch wolle er bei Festsetzung der Dauer der Schulpflicht dem Lande Krain Rechnung getragen wissen: in den Landschulen soll die Schulpflicht bis zum vollendeten zwölften, in den Stadtschulen bis zum vollendeten vierzehnten Lebensjahre dauern. Die Kinder aus Landschulen, die in andere Schulen aufsteigen wünschen, hätten nach vollendetem zwölften Lebensjahre vorläufig in Mittelschulen einzutreten, in welchen das in der Volksschule Gelernte zu verwerten und für die weiteren Schulen — Gymnasium oder Realschule — sich vorzubereiten.

(Fortsetzung folgt.)

— (Der laibacher freiwilligen Feuerwehr) spendete Herr Gustav Tönnies 100 fl. — Für die wälscher Dorfschule spendeten Herr Dr. Rosler 75 fl., Herr Georg Auer 5 fl., Herr Rumzucker 1 fl., Herr A. Schrey 25 fl., Herr Karl Tauscher 20 fl., Herr J. N. Plauz 10 fl., Herr J. Schläpfer 5 fl., Herr Fr. Mally, Lederer, 10 fl.

— (Österreichischer Kunstverein in Wien.) Am 30. d. M. findet in Wien die diesjährige Bilderverlosung statt, zu welcher wie gewöhnlich eine ganze Reihe Delgemälde ersten Ranges im Werthe von vielen Tausend angekauft sind. Auch die Prämienblätter sollen diesmal vortrefflich gelungen sein. Anthelischeine à 5 fl. 25 kr. sind bis zum Tage der Verlosung bei Herrn J. Raringer zu haben.

— (Präsidenten-Beseda.) Zur Erinnerung an Präsidentens Geburtstag veranstaltet die hiesige Citadina künftigen Sonntag eine festliche „Beseda“, in welcher unter anderem Dr. Jpavic' großartiger Chor „Na Proširnovem domu“ zur Aufführung kommt.

— (Fahrpreismäßigung.) Die Südbahn hat, wie die „Graz. Tagg.“ erzählt, den Mitgliedern der Arbeitervereine, welche an dem in Wien am 30. d. stattfindenden Gründungsfeite des Wiener Arbeiter-Bildungsvereines theilnehmen wollen, auf der Strecke Wien-Graz für die Zeit vom 29. November bis 2. Dezember die Begünstigung der halben Postzugsgebühr in Wagen II. und III. Klasse zugestanden. Auch hat die Südbahn aus Anlaß der im Dezember d. J. in Wien stattfindenden Wollerei-Ausstellung den Ausstellern und Preisrichtern die halbe Postzugsgebühr und für die als Fracht zu befördernden Ausstellungsgegenstände den Portosatz von 1 kr. per Zollentner und Meile bewilligt.

— (Der florentiner Quartett-Abend) war von nahezu vierhundert Musikfreunden aus Laibach und Umgebung, ja sogar aus weiter Ferne besucht. Die Elite der Gesellschaft hat sich eingefunden, um die heiteren freundlichen Motive Mozarts, um die großartigen Ideen Beethovens einzusaugen. Die Production des g-dur-Quartetts von Mozart, des variirten Andante und Scherzo von Gottard, endlich des großen äußerst schwierigen f-dur Quartetts (op. 59 Nr. 1) von Beethoven nahm nahezu zwei volle Stunden in Anspruch und kein Laut, kein Geräusch störte den eminenten Vortrag der Compositionen der ewig jungen Tonmeister. War der Eindruck des ersten

Quartetts (Mozart) als ein höchst freundlicher und jener der Einlage (Gottard) als ein überraschender zu bezeichnen, so muß jener des letzten Quartetts (Beethoven) als ein bezaubernder und großartiger registriert werden. Die Künstler gaben jeden Satz wie einen Guß; unübertrefflich ist der Gefühlsausdruck im Adagio und die elegante feine Nuancierung. Bis zum letzten Strich verharrten die Zuhörer, tief ergriffen von der Macht der Töne, auf ihren Plätzen. Wir danken dem weltberühmten Quartett für den seltenen Genuß! Wir danken aber auch jenen Musikfreunden, die den Impuls zu dem gestrigen musikalischen Festabend gegeben haben!

— (Theaterbericht vom 28. d.) Holbeins „Räthchen von Heilsbrunn“ war aus Anlaß des florentiner Quartett-Abends sehr schwach besucht. Für Schauspieler ist es unangenehm, vor leeren Bänken mit besonderem Animo in Szene treten zu müssen. Fräulein Kottaun (Räthchen) war bemüht, ihrer Aufgabe möglichst gerecht zu werden; auch Herr Röder (Graf von Strahl) wirkte verdienstlich. Fräulein Kottaun und Herr Röder wurden beifällig gerufen.

Eingefendet.

Abfertigung auf den Artikel

„Stimmen aus dem Publicum“

in der „Laibacher Zeitung“ Nr. 274 vom 28. d. Mts.

Der herbe Tadel, welcher in dem oben angeführten „Eingefendet“ gegen unsere Direction, so wie gegen uns alle im einzelnen, wie im ganzen ausgesprochen ist, so wie ferner auch der uns erniedrigende Vergleich mit der vorjährigen Theatergesellschaft will uns den Glauben aufdrängen, daß wir nicht im stande sind, den Anforderungen und Wünschen des hiesigen p. t. Publicums Genüge zu leisten.

Sobald dieser Artikel die Ansichten der Mehrheit des p. t. Publicums ausspricht oder von dem größeren Theile desselben gebilligt wird, sind wir für Laibach als Theatergesellschaft unmöglich. Da der Begriff Ehrgefühl unter uns nicht ausgestorben ist, halten wir es für unvereinbar mit diesem Begriffe, ein p. t. Publicum mit unseren Leistungen noch länger zu belästigen, das uns trotz unseres guten Willens und redlichen mühevollen Strebens nicht goutieren kann, besonders wenn das Urtheil desselben durch die Vergleichen angeblich einiger permanenter Fauteuills-Inhaber reguliert wird.

Wir wollen und dürfen nicht länger den eminenten Kräften des vorjährigen Kunstpersonals zur Folie dienen, wir wollen auch nicht die Kollegen jener Damen vom Chöre werden, welche im Vorjahre so viel zum Vergnügen dieser permanenten Fauteuills-Inhaber beigetragen haben mochten. Wir müssen ernstlich dagegen protestieren, daß man das Damenpersonale einer Bühne überhaupt als Harem betrachtet wissen will oder als solchen bezeichnet.

Schließlich erklären wir einstimmig und bekräftigen es durch unsere volle Namensfertigung, daß wir, sobald das p. t. Publicum uns seine Misbilligung aussprechen wird, sei es durch öffentliche Demonstration, sei es durch Zuschriften an das löbliche Theater-Comité oder an unsere Theaterdirection, — alle ohne Ausnahme unsere künstlerische Thätigkeit an dieser Bühne einzustellen gewillt sind, und daß uns für diesen Fall von Seite der Direction die sofortige Entlassung zugesichert wurde.

Laibach, am 28. November 1872.

J. M. Kofky, Director. Heinrich Delin, Kapellmeister. Carl Carode. Josef Aupim. Oscar Wauer. Carl Midaner. Carl Hofbauer. Josef Röder. Sofie Krossek. Marie Brand. Emilie Brambilla. Leopoldine Kottaun. Johann C. Woloff. August Stoll. Marie Benisch. Jacques Pollak. Carl Kühn. J. Höller. Emma Kropp. Carl Platt, im Namen der Herren vom Chor. Emilie Neys, im Namen der Damen vom Chor.

Börsenbericht.

Wien, 27. November. Die Börse war sehr animiert und nicht nur rücksichtlich der Speculationspapiere wirrungen. Wenn die Umsätze einen mäßigeren Umfang hatten, so beruht dies in den fortwährend äußerst schwierigen Verhältnissen. Ausgehend von den Meldungen aus London über Besserung des Status der dortigen Bank.

A. Ungarische Staatsanleihe		
für 100 fl.		
Einheitsliche Staatsanleihe zu 5 pCt.	Geld	Baare
in Noten verzinst. Mai-November	66 10	66 20
„ „ Februar-August	66 10	66 20
„ Silber „ Jänner-Juli	70 40	70 50
„ „ April-October	70 25	70 35
Jose v. J. 1839	339.—	340.—
„ 1854 (4 %) zu 250 fl.	96.—	97.—
„ 1860 zu 500 fl.	103.—	103 50
„ 1860 zu 100 fl.	125.—	126.—
„ 1864 zu 100 fl.	147 75	148 25
Staats-Domänen-Pfandbriefe zu 120 fl. 8 B. in Silber	113 50	114.—
B. Grundentlastungs-Obligationen.		
für 100 fl.		
Geld	Baare	
Böhmische „ zu 5 pCt.	96 50	97.—
„ „ „ „ „	77 75	78 50
Nieder-Österreich „ „	95.—	96.—
Ober-Österreich „ „	91 50	93.—
Stehenbürgen „ „	77.—	76 75
Steiermark „ „	91 50	93.—
Ungarn „ „	79 75	80 50
C. Andere öffentliche Anleihen.		
Donau-Regulirungslose zu 5 pCt.	98 50	98 75
Ung. Eisenbahnanleihen zu 120 fl.		
8 B. Silber 5 % pr. Stück	100 75	101.—
Ung. Prämienanleihen zu 100 fl.		
7 B. 7 1/2 % (Hypothek) pr. Stück	101 75	102 25

Wiener Communalanleihen, rick.		
zahlbar 5 pCt. für 100 fl.		
Geld	Baare	
1838/39	83 80	84.—
D. Aktien von Bankgesellschaften.		
Geld	Baare	
Anglo-Österr. Bank	335 50	336.—
Bankverein	374.—	376.—
Böhm.-Creditanstalt	284.—	286.—
Creditanstalt f. Handel u. Gew.	341 25	341 50
Creditanstalt, allgem. ungar.	137.—	138.—
Depositenbank	138.—	139.—
Comptoir-Gesellschaft, n. d.	1000.—	1105.—
Franco-Österr. Bank	141 50	142.—
Handelsbank	303.—	303 50
Nationalbank	982.—	984.—
Unionbank	281.—	281 50
Bereitsbank	206.—	206 50
Verkehrsbank	253.—	254.—
E. Aktien von Transportunternehmungen.		
Geld	Baare	
Alfold-Kinnmaner Bahn	174.—	174 50
Böhm. Westbahn		
Carl-Ludwig-Bahn	229 50	230.—
Donau-Dampfschiff. Gesellsch.	652.—	654.—
Elisabeth-Westbahn	248 50	249 50
Elisabeth-Westbahn (Rinz = Dub-		
weiser Strecke)	211.—	212.—
Ferdinands-Nordbahn	2105.—	2115.—
Götha-Köster-Parizer-Bahn	180.—	181.—

F. Pfandbriefe (für 100 fl.)		
Geld	Baare	
Franz-Josephs-Bahn	219.—	219 50
Leibniz-Grazer-Bahn	148.—	149.—
Flodh, Österr.	582.—	584.—
Deßter. Nordwestbahn	217.—	218.—
Mudolfs-Bahn	173 50	174.—
Stehenbürgen Bahn		
Staatsbahn	340.—	341.—
Südbahn	202 75	203 25
Süd-nordb. Verbind. Bahn	171.—	172.—
Theiß-Bahn	249.—	250.—
Ungarische Nordostbahn	158.—	159.—
Ungarische Ostbahn	136.—	137.—
Kramawah	390 50	391 50
G. Pfandbriefe (für 100 fl.)		
Geld	Baare	
Mit. d. Böhm.-Cred.-Anstalt	100.—	100 25
verlosbar zu 5 pCt. in Silber		
etc. in 33 J. rückz. zu 5 pCt. in 8 B.	88.—	88 25
Nationalb. zu 5 pCt. 8 B.	90 70	90 90
Ung. Bod.-Cred.-Anst. zu 5 %, pCt.	87.—	87 25
H. Prioritätsobligationen.		
Geld	Baare	
Elis.-Westb. in S. verz. (f. Emiff.)	90 25	90 50
Ferdinands-Nordb. in S. verz.	102.—	102 25
Kronz-Josephs-Bahn	99 25	99 50
Carl-Ludwig-B. in S. verz.	102 50	101.—
Österr. Bod.-Cred.-Anst.	98 40	98 60

Neueste Post.

(Original-Telegramm der „Laibacher Zeitung.“)
Berlin, 28. November. Das Abgeordnetenhaus lehnte den gegen die Ausschließung der Mitglieder geistlicher Orden von der Lehrthätigkeit an den Volksschulen gerichteten Antrag Malinkrodt's mit 242 gegen 83 Stimmen ab, nachdem der Cultusminister unter Beifall des Hauses energisch für Aufrechthaltung der Ausschließung gesprochen.

Wien, 28. November. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht ein kaiserliches Handschreiben an den Minister des Innern, wodurch der Reichsrath auf den 12. Dezember einberufen wird.

Telegraphischer Wechselkurs vom 28. November.

Papier-Rente 66.30. — Silber-Rente 70.70. — 1860er Staats-Anleihen 102.80. — Bank-Actien 980. — Credit-Actien 343.50. — London 108.80. — Silber 108.35. — R t Münn-Ducaten —. — Napoleonsd'or 8.68 1/2

Angekommene Fremde.

Am 27. November.

Elefant. Lehmann, München. — Engel, Brunn. — Dr. Gruber, Wien. — Bacharach, München. — Zisar, Pest. — Schubert, Reisdorf, Preßburg. — Kaniß, Hansbestyger, Graz. — Weiller, Kaufm., Kanischa.
Stadt Wien. Söllinger, Winter, Schwarz und Wenzel, Kaufleute, und Sosna, Fabrikant, Wien — Erlanger, Stuttgart. — Frau Fischer, Arnoldstein.
Hotel Europa. Wallisch, Görz.

Theater.

Sente: Zum ersten male: Die Liebe im Schause. Lustspiel in 2 Akten, von Lebrün. Diefem folgt: Des Räthens Hausfrau. Lustspiel in 3 Aufzügen, von Julius Rosen.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

November	Zeit	Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reduziert	Thermometerstand mittl. Celsius	Wind	Richtung des Windes	Witterung	Niederschlag in Millimetern
28.	6 U. Mg.	738.69	+10.8	SW.	mäßig	trübe	
	2 „ N.	736.53	+11.9	SW.	3. stark	trübe	0.00
	10 „ Ab.	734.34	+11.8	SW.	schwach	trübe	

Geschlossene Wolkendecke, windig. Nachmittags etwas feiner Regen. Das Tagesmittel der Wärme + 11.5°, um 9-5° über dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmeyer.



Ferd. Welsch, Schmitt, Kaufmann, gibt in seinem und im Namen seiner Verwandten die tiefbetrübende Nachricht von dem Hinscheiden seiner innigstgeliebten Mutter, der Frau

Cäcilie Schmitt geb. Kallischneegg

welche nach langen Leiden, versehen mit den heiligen Sterbesakramenten, in ihrem 62 Lebensjahre heute um 6 Uhr abends selig im Herrn entschlafen ist.

Die irdische Hülle der Verbliebenen wird am 29. d. M. um halb 4 Uhr nachmittags vom Trauerhause Spitalgasse Nr. 273 aus auf dem Friedhofe zu St. Christof beerdigt.

Die heiligen Seelenmessen werden in verschiedenen Kirchen gelesen.
Laibach, am 27. November 1872.

laustufig, sondern auch für Anlagewerthe in fester Stimmung. Arrangementsverhältnissen und den dadurch hervorgerufenen Ver-